

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!

Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen

Zusammenfassung

Obwohl Themen, Fragestellungen und Zugänge der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung eine unveränderte Brisanz und Aktualität besitzen, sind feministische und geschlechtertheoretische Perspektiven innerhalb der Politikwissenschaft bislang eher schwach vertreten. Trotz seiner Relevanz für macht- und herrschaftskritische sowie demokratietheoretische Analysen, aber auch für empirische Fragestellungen und methodische Zugänge, ist das Forschungsfeld *Politik und Geschlecht* mit Rezeptionssperren und Vorbehalten konfrontiert. Die Einleitung würdigt Gründungs- und Grundlagentexte der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung und der feministischen Politikwissenschaft. Sie führt in die geschlechtertheoretischen und -politischen Grundlagen sowie die aktuellen Debatten um erweiterte (queer-feministische, intersektionale und postkoloniale) Perspektiven ein und stellt Konzeption und Zielrichtung des vorliegenden Bandes vor. Verwiesen wird dabei auch auf bestehende (Forschungs-)Lücken und Desiderate. Der Band ist eine erste Auskopplung aus einem längerfristig angelegten *Living Handbook*-Projekt, für das fortlaufend weitere Texte eingeworben werden.

Schlüsselbegriffe

Living Handbook, Einführung, feministische Politikwissenschaft, Gender Studies, politikwissenschaftliche Geschlechterforschung

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Handbuch Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der [Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (2024): Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!
In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Handbuch Politik und Geschlecht. Politik und Geschlecht, Band 34. Version 1. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.pgckjlfmhmin.1-0>

Das Handbuch wird in regelmäßigen Abständen im Verlag Barbara Budrich als Printauflage herausgegeben. Seitenzahlen und DOI in Print- und Online-Ausgabe weichen voneinander ab.

1 Ein Blick zurück und in die Zukunft – Zum Stand feministischer Politikwissenschaft

In den letzten 30 Jahren sind im deutschsprachigen Raum verschiedene Grundlagenwerke und Einführungen in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bzw. feministische Politikwissenschaft erschienen. Ihre Anzahl ist jedoch angesichts der unveränderten Brisanz der von ihr behandelten Fragestellungen sowie der ungebrochenen Aktualität geschlechterpolitischer Debatten im politischen Alltag erstaunlich übersichtlich. Geschlecht, Geschlechterordnungen und Geschlechternormen sind – insbesondere in ihren intersektionalen Verstrickungen mit Rassismus, Heteronormativität, Klassenungleichheit, Antisemitismus oder Behinderung – höchst umkämpfte Phänomene, die im Nexus staatlicher und suprastaatlicher Regierungs- und Regulierungsweisen, unterschiedlicher bewegungspolitischer Mobilisierungen (z.B. Frauen*bewegungen, LGBTIQ*-Bewegungen, antifeministischer Bewegungen¹) sowie alltäglicher sozialer Praktiken verhandelt werden. So vergeht derzeit kaum ein Tag ohne eine erhitzte Debatte über geschlechterinklusive bzw. geschlechtergerechte Sprache. Aktuell hat u.a. die bayerische Landesregierung ein Verbot geschlechtersensibler Sprache mit Sonderzeichen in Behörden festgeschrieben und auch in Hessen ist ein ebensolches – wenn auch verfassungswidriges (Lembke 2023) – Verbot gendergerechter Sprache mit Sonderzeichen in der Landesverwaltung und in Abiturprüfungen jüngst in Kraft getreten (Völkner 2024). Die geplante Ablösung des sogenannten Transsexuellengesetzes durch ein (geschlechtliches) Selbstbestimmungsgesetz sowie die damit einhergehenden politischen und medialen Debatten zeugen nicht nur von der Umkämpftheit von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen, sondern auch von der Mobilisierungskraft von Transfeindlichkeit und eines vermeintlichen Verlustes geschlechtlicher Eindeutigkeiten sowie etablierter Geschlechterordnungen (Deutscher Bundestag 2023; Ludwig/Steinsberger 2023 sowie die weiteren Beiträge der Schwerpunktausgabe 2/2023 „Trans*Ungleichzeitigkeiten und Trans*Feminismen“ der Zeitschrift *Femina Politica*). Ebenso wird im Kontext autoritärer, neurechter und rechtspopulistischer Bewegungen und Politikkonzepte mittlerweile auch offensiv eine „maskulinistische Identitätspolitik“ als Antwort auf eine (vermeintliche) „Krise der Männlichkeit“ formuliert (Sauer 2017; Kaiser 2020). Und: Nicht nur Wladimir Putin verhandelt über die Ablehnung von LGBTIQ*-Rechten, nationale Identität und die (imaginären) Grenzen von Ost und West, sondern auch Europäische Staaten konstituieren sich auf der Basis ihrer eigenen Homotoleranz als ‚entwickelt‘, ‚modern‘ und ‚liberal‘ im Gegensatz zum ‚rückständigen‘ Süden/Osten (Klapeer 2020). Globale, lokale und privatisierte Gewaltverhältnisse sind weiterhin auf struktureller, institutioneller, symbolischer

1 Charakteristisch für antifeministische Bewegungen ist ihre politische Gegnerschaft zu gesellschaftspolitischen Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen (vgl. Henninger/Birsl 2020). In einem weiteren Kontext sind sie auch mit den polemischen und pauschalisierenden Debatten um „Cancel Culture“ an den Hochschulen oder mit der Ablehnung postkolonialer Theorien verbunden. Zugleich sind Antifeminismen selbst sowohl mit rassistischen als auch antisemitischen Diskursen verwoben (vgl. Bergold-Caldwell et al. 2021; Schlecht 2021).

und epistemischer Ebene vergeschlechtlicht und werden von queer_feministischen Bewegungen als solche thematisiert (Roth u.a. 2022).

Daher verwundert es bisweilen, wie konsequent und umfassend Rezeptionssperren sowie Vorbehalte gegenüber geschlechtertheoretischen, feministischen und queeren politikwissenschaftlichen Ansätzen in Teilen der Disziplin Politikwissenschaft fortbestehen. Dies zeigt sich u.a. in einer fehlenden systematischen Etablierung von Geschlechterperspektiven in den Lehrinhalten der verschiedenen Teilbereiche des Fachs, in der geringen Anzahl von politikwissenschaftlichen Professuren mit Geschlechterforschungs(teil)denomination sowie der Auslassung entsprechender Zugänge in der grundlegenden politikwissenschaftlichen Einführungsliteratur. Weiterhin gilt, dass im „Mainstream von Forschung und Lehre [...] feministische und geschlechtertheoretische Zugänge [...] eher verhindert als gefördert“ werden (Mauer/Leinius 2021b: 19).

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Marginalisierung feministischer Perspektiven in der Politikwissenschaft verstehen wir diesen Band daher sowohl in (wissenschafts-)politischer Allianz mit als auch in Ergänzung zu bereits erschienenen oder ‚älteren‘ Werken in diesem Feld. Uns geht es dabei nicht um die Produktion einer linearen, fortschrittsoptimistischen Genealogie feministischer Politikwissenschaft, sondern um eine Re-Aktivierung und Fortführung entsprechender (Forschungs-)Debatten – gerade vor dem Hintergrund wichtiger, auch die feministische Politikwissenschaft selbst adressierender Kritiken und Perspektiven aus den Feldern der Queer, Postcolonial und Intersectionality Studies.

Bereits bestehende Einführungswerke in das Themenfeld Politik und Geschlecht sind teilweise als Reader konzipiert, die beispielsweise zentrale englischsprachige (Gründungs-)Texte der feministischen Politikwissenschaft in deutscher Sprache zugänglich machen und einordnen (Appelt/Neyer 1994; Braun u.a. 2000; Kurz-Scherf u.a. 2006; Sauer/Kreisky 1995). Andere bieten einen Überblick über feministische und geschlechtertheoretische Ansätze in der Politikwissenschaft sowie über die verschiedenen Teildisziplinen (Krause 2003; Rudolph 2015). Wiederum andere greifen zentrale Konzepte, aktuelle Fragestellungen und Methoden der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung in Form von systematischen Sammelbänden auf (Bauhardt/Wahl 1999; Harders u. a. 2005; Kreisky/Sauer 1997a; Rosenberger/Sauer 2004). Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie sowohl die analytische Relevanz von Geschlecht für eine fundierte politikwissenschaftliche Analyse aufzeigen als auch die Implikationen und Effekte einer (anhaltenden) Marginalisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen in der Politikwissenschaft problematisieren (vgl. schon Appelt/Neyer 1994). Birgit Sauer und Eva Kreisky sprechen in diesem Zusammenhang von einem „geheimen“ androzentrismen „Glossar“ der Politikwissenschaft, das jedoch mit einem ‚Schleier der Neutralität‘ versehen wird (Kreisky/Sauer 1997a). Demnach wären zentrale Konzepte und Erklärungsmuster aus der Politikwissenschaft an „männlichen Erfahrungen“ orientiert. Hingegen belegt die Abwesenheit oder Unterordnung von Frauen z.B. im Rahmen von „klassischen“ politischen Theorien der Politikwissenschaft der Nachkriegszeit eine Geschlechtsignoranz und Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen in der

Politik (Sauer 2001: 14). Auf diese Weise erscheint die Politikwissenschaft – trotz vielfältig persistenter Androzentrismen – als geschlechtsloses Sujet.

Wie Birgit Sauer festhält, kommt der feministischen Politikwissenschaft daher eine doppelte Aufgabe zu: Erstens die Kritik der Politikwissenschaft und zweitens die Kritik der Politik (Sauer 2012a). In diesem Sinne hat politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zwei Dimensionen: erstens die Theorien, Methoden und Konzepte politikwissenschaftlicher Arbeitsweisen auf ihre geschlechterignoranten Auslassungen und androzentrischen Vorannahmen hin zu befragen und zu transformieren; zweitens eigene Theorien, Methoden und Konzepte zur Analyse von Politik und gesellschaftlichen Geschlechter- und Machtverhältnissen zu entwickeln. Wie diese zwei Aufgaben am besten bewältigt werden sollen und können, wird jedoch auch innerhalb der feministischen Politikwissenschaft, respektive der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung unterschiedlich beantwortet. Spätestens in den 1990er Jahren haben sich daher auch die Perspektiven in diesem Feld ausdifferenziert und pluralisiert (Sauer/Kreisky 1995: 14f.). Die immer noch aktuelle Kritik an der maskulinistischen Prägung der Politikwissenschaft und ihrer Analysen (vgl. exemplarisch: Kreisky/Sauer 1997a; Ludwig 2015; Bargetz/Ludwig 2015; Bargetz u.a. 2017) ist beispielsweise zunehmend um intersektional und postkolonial informierte Kritik an Auslassungen und an der Marginalisierung von Rassismus und Kolonialismus in politikwissenschaftlichen (Geschlechter-)Analysen vertieft worden (vgl. bspw. Dhawan 2014; Kerner 2021; Mauer/Leinius 2021a). Darüber hinaus wurden auf der Basis von queeren und de-/konstruktivistischen Theorien binäre Geschlechterkonzepte problematisiert sowie die analytische Bedeutung von Sexualität und Begehren stärker hervorgehoben (Ludwig/Steinsberger 2023, Ludwig 2015; Klapeer 2014). Zusätzlich ist politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und besonders feministische Politikwissenschaft von gesellschaftlichen Transformationen begleitet und herausgefordert (Kreisky/Sauer 1997b; Sauer 2012b; Nüthen 2024): z.B. von der neoliberalen Vereinnahmung feministischer Kritik, dem Wandel ökonomischer Verhältnisse, den Bedrohungen durch die Klimakrise, den antifeministischen Anfeindungen in der medialen Öffentlichkeit und der Zunahme an rechtspopulistischen und extrem rechten Haltungen und Praxen in Politik und Gesellschaft – gesellschaftspolitische Entwicklungen, die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und feministische Politikwissenschaft selbst wiederum beforschen (Çağlar u.a. 2012; Henninger/Birsl 2020; Wilde/Meyer 2018; Ludwig/Woltersdorff 2018). Wie Kathrin Braun u.a. hervorheben, handelt es sich daher bei feministischer Politikwissenschaft nicht um ein separates Forschungsfeld, sondern um eine kritische Perspektive, die das Fach und die damit verbundenen Forschungs- und Frageperspektiven als Gesamtes im Blick hat (Braun u.a. 2000: 4). Sie ist dabei einerseits Teil des inter- und transdisziplinären Forschungsfeldes der Gender Studies und andererseits explizit disziplinär in der Politikwissenschaft bzw. ihren Teildisziplinen verortet. Insofern wird und wurde wahlweise von feministischer Politikwissenschaft oder auch der politikwissenschaftlichen (Frauen- und) Geschlechterforschung oder Gender Studies gesprochen.

2 Geschlecht als politikwissenschaftliche und politische Kategorie

Grundlegend (nicht nur) für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung sind die Kategorien „Geschlecht“ und „Geschlechterverhältnisse“ bzw. auch „Geschlechterordnungen“, „-normen“ oder „-regime“. Dabei geht das analytische und forschersche Anliegen feministischer Politikwissenschaft deutlich über die alltagsweltlich mit dem Themenbereich verknüpfte Frage nach Repräsentation und Partizipation von Frauen bzw. verschiedener Geschlechter (in Parteien und Parlament) hinaus (vgl. hierzu etwa Abels et al. 2018; Cress 2018). Vielmehr wird nach den Wirkungsweisen von Geschlechter*verhältnissen* auf und in politische(n) Prozesse(n), nach der regulierenden oder gar gewaltvollen Produktivität von Geschlechternormen oder -regimen, nach den politikwissenschaftlichen Konzeptionen und Grundbegriffen sowie nach der Hervorbringung von Geschlecht selbst samt seiner Wechselbeziehungen mit gesellschaftlichen Strukturen und Wissensordnungen sowie der komplexen Machtasymmetrien gefragt (vgl. exemplarisch Sauer 2001: 44ff.). In dieser Perspektive gilt Geschlecht selbst nicht als gegeben, sondern wird mit Blick auf gesellschaftliche Prozesse seiner Hervorbringung und deren Auswirkungen hin befragt. So kann beispielsweise die Bedeutung einer Konzeption von (heterosexueller) Zweigeschlechtlichkeit für koloniale Ausbeutungsverhältnisse analysiert werden oder politische Theorien auf ihre Leerstellen bezüglich „unsichtbarer“ Grundannahmen über geschlechtliche Arbeitsteilung und Sphärentrennungen (öffentlich/privat) hin analysiert werden. Geschlecht als *politische* Kategorie zu begreifen, bedeutet zum einen, dass Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichte Ungleichheiten und Tätigkeiten (wie z.B. Care-Arbeit) nicht als Ausdruck einer natürlichen Ordnung verstanden werden, sondern als gesellschaftlich-historisch hervorgebrachte Relation. Geschlecht wird demnach nicht als binäre, präpolitische oder vorkulturelle Eigenschaft gefasst, auf die politische Strukturen jeweils einwirken; denn politische Verhältnisse, Normen, Strukturen, Institutionen sind in ihrer Gesamtheit selbst Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlicht bzw. vergeschlechtlichend. Zum anderen rückt derart auch die Umkämpftheit der Kategorie als Gegenstand von Politik selbst in den Blick: Die Frage, was jeweils unter Geschlecht verstanden wird, wie sich bestimmte Geschlechternormen in Politiken einschreiben oder von ihnen hervorgebracht werden, ist daher ebenso zentraler Gegenstand politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und ihrer Analysen (Kerner 2011).

Seit über einem Jahrzehnt wird auch in der deutschsprachigen Politikwissenschaft verstärkt darum gerungen, ob und wie Geschlecht in seinen Verwobenheiten und Verstrickungen zu anderen, Macht, Herrschaft und Ungleichheit generierenden Kategorien verstanden werden kann. Vor allem mittels des Begriffs der Intersektionalität (und seltener unter dem Label Diversitätspolitik) wird kontrovers diskutiert und theoretisiert, wie Geschlechterverhältnisse im Bereich des Politischen pluralisiert gedacht werden können und dabei auch Rassismus und/oder Klassenverhältnisse als bedeutsame, das Politische durchdringende Strukturen zu begreifen wären (vgl. etwa Mauer/Leinius 2021a; Sauer 2012c; Kerner 2009; zu

Diversität vgl. Çağlar/Chan de Avila 2021; Smykalla/Vinz 2011). Hieran schließt sich – insbesondere in Auseinandersetzung mit angloamerikanischen Debatten – auch die kritische Frage an, inwiefern sich selbst als kritisch verstehende, intersektionale Forschungsperspektiven zu einer tatsächlichen Transformation der Produktionsbedingungen von Wissen im deutschsprachigen Raum beitragen, oder ob sie vor allem die Form einer rhetorischen Modernisierung annehmen (vgl. bspw. Chebout 2011; Gutiérrez Rodríguez 2011).

3 Was bedeutet es, feministisch zu forschen?

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung ist (meist) mit einem spezifischen feministischen Verständnis von Wissenschaft verbunden, das die soziale Situiertheit und verkörperte Existenz der Forschenden sowie die Verstrickung, oft auch Kompliz*innenschaft, von Wissenschaft mit Macht- und Herrschaftsbeziehungen zum Ausgangspunkt und Gegenstand macht. Wissenschaft, das ist der zentrale Einspruch (nicht nur) in den politikwissenschaftlichen Malestream/Mainstream, ist eben nicht im umfassenden Sinne neutral oder objektiv. Neutralität zu behaupten, dient vielmehr der Verschleierung herrschaftsstabilisierender Interessen, der sozialen und historischen Situiertheit der jeweiligen Forschungsperspektiven und –methodologien sowie dem Negieren von Ausschlüssen bestimmter Körper, Themen oder Erkenntnisformen aus der Wissensproduktion (vgl. u.a. Haraway 1988; Harding 1990). Für die Politikwissenschaft bedeutet dies etwa, dass durch systematische Auslassungen oder Vorannahmen Teilaspekte ihres Gegenstandsbereichs – wie z.B. die vergeschlechtlichte Prägung ihrer Untersuchungsfelder – regelrecht „verheimlicht“ werden (Kreisky/Sauer 1997a). Dies ist besonders anhand der politikwissenschaftlichen Zentralkategorie „Politik“ veranschaulicht worden, indem die Vergeschlechtlichung der für zahlreiche einschlägige ideengeschichtliche und gegenwärtige Politikmodelle konstitutiven Trennung öffentlich/privat aufgezeigt wurde (Kurz-Scherf u.a. 2006; Ludwig 2017; Nüthen 2024). Wird nämlich der (ebenfalls *politisch* eingesetzte) Bereich der sogenannten Privatheit als ‚das Andere‘ der Politik/wissenschaft betrachtet, erscheinen folglich auch die damit verbundenen (Ungleichheits-)Verhältnisse oder sozialen Tätigkeiten (z.B. *private* Familien-, Sorge- und Pflegearbeit) als nicht forschungsrelevant; der Fokus liegt dann ausschließlich auf dem institutionalisierten Politikbereich und somit wird eine geschlechterhierarchische Arbeitsteilung analytisch fortgeschrieben. Mit einer geschlechtertheoretisch informierten Perspektive wird hingegen der Begriff der wissenschaftlichen Objektivität brüchig, der in der Politikwissenschaft faktisch als androzentrisch verengt, aber auch als nicht genügend umfassend kritisiert wird. Wissenschaftliche Gütekriterien werden im Rahmen feministischer (Politik-)Wissenschaft nicht zurückgewiesen, sondern ausdifferenziert und im Sinne einer „strong objectivity“ erweitert (Harding 1990). Eine Reflexion der jeweiligen Entstehungsbedingungen und (Herrschafts-)Kontexte wissenschaftlicher Erkenntnis sowie der Einbeziehung unterschiedlicher, insbesondere vormals marginalisierter Perspektiven, könnte demnach als wesentliches Ziel feministischer Wissenschaft bezeichnet werden, wenngleich auch

hier wiederum umkämpft ist, was dies jeweils im Konkreten bedeutet bzw. *welche* (marginalisierten) Perspektiven auch im Rahmen einer *weiß* oder heteronormativ geprägten feministischen Wissenschaft gehört werden (können). Zugleich führen die Ansinnen einer kritischen, feministischen oder ‚anderen‘ Wissensproduktion vor dem Hintergrund des Strebens nach Teilhabe, Anerkennung und Ressourcen innerhalb der Institution Wissenschaft immer wieder zu einem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Institutionalisierung und deren Bedingungen, die fortwährend politisch erkämpft und verteidigt werden müssen. Eine kritische, feministische Politikwissenschaft ist entsprechend herausgefordert, die Regeln der Akademie mit ihren etablierten (disziplinären) Traditionen anzuerkennen, aber nicht bedingungslos zu akzeptieren (Sauer 2017). Wie insbesondere Auseinandersetzungen um die fach- bzw. hochschulpolitische Bedeutung von Intersektionalität und Postkolonialität gezeigt haben, sind auch sich selbst als kritisch verstehende Lehr- und Forschungszusammenhänge daher in ungleiche Machtverhältnisse verstrickt (Leinius/Mauer 2021: 292; Gutiérrez Rodríguez 2018).

4 Zur (Nicht-)Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung

Die Rezeption geschlechterforscherischer Perspektiven wird für die deutschsprachige Politikwissenschaft als verspätet beschrieben und der politikwissenschaftliche Androzentrismus als weitgehend ungebrochen angesehen (vgl. Kurz-Scherf u.a. 2006). Gefragt wird – im kritischen Bezug auf den Kanon des Faches und seine Leerstellen (Martinsen 2022) – danach, welche Konsequenz die Annahme der sozialen Konstruktion von Geschlecht für Demokratie- und Gesellschaftsanalyse hat (Bauhardt/Wahl 1999: 7). Bis heute lassen sich aus dieser Perspektive Wandlungs- und Beharrungstendenzen in den Geschlechterverhältnissen identifizieren (Rudolph 2015). Die These der sozialen Konstruktion von Geschlecht wird dabei sicherlich in unterschiedlicher Reichweite vorausgesetzt und entsprechend kontrovers verhandelt. Die Diagnose lautet weiterhin: Geschlechterforscherische Ansätze bleiben in der Disziplin randständig (Rudolph 2015: 33). Die Beiträge in diesem Band sollen dabei helfen, sie sichtbarer zu machen und ihre Bedeutung für das Fach Politikwissenschaft zu würdigen.

Birgit Sauer beschrieb die Institutionalisierung von feministischer Politikwissenschaft vor knapp zehn Jahren als „erfolgreich gescheitert“ (Sauer 2015: 127). Sie artikuliert damit, dass politikwissenschaftliche Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum seit ihren Anfängen in den 1970/80er Jahren² zwar einerseits eine Vielzahl an Publikationen, Forschungszusammenhängen und -netzwerken hervorgebracht hat – hierzu gehört auch die

² Auch wenn die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung erst zu Beginn der 1990er Jahre einsetzt, sind in der Lehre, vor allem im Mittelbau und unter den Studierenden, Fragen politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung schon ab den 1970er Jahren relevant (vgl. exemplarisch: Calle und Krämer 2022).

erfolgreiche Einrichtung von Professuren für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Andererseits ist es jedoch institutionell nicht gelungen, *Politik und Geschlechterverhältnisse* als eigenständiges Teilgebiet des Fachs zu etablieren. Zudem ist die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung häufig sehr stark von Einzelpersonen und ihren Forschungsinteressen abhängig und bleibt entsprechend mindestens prekär.

Somit ist das Forschungsfeld *Politik und Geschlecht(erverhältnisse)* auch Mitte der 2020er Jahre noch weit davon entfernt, zum Kern des Faches zu zählen. Die systematische und strukturell abgesicherte Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung muss somit weiterhin erkämpft werden (Calle/Krämer 2022; Nüthen 2019).³ Hierfür kann auf den bestehenden Strukturen aufgebaut werden, die im Folgenden dargestellt und gewürdigt werden sollen: Mit der *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* gibt es seit 1997 eine deutschsprachige Zeitschrift für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. In den zwei thematischen Buchreihen, *Politik und Geschlecht* beim Verlag Barbara Budrich (herausgegeben von der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW) sowie *Politik der Geschlechterverhältnisse* beim campus Verlag erscheinen regelmäßig Bände zu Themen und Fragestellungen des Feldes. Zugleich organisieren sich politikwissenschaftliche Geschlechterforschende seit 1991 innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), zunächst als Arbeitskreis und seit 2020 als Sektion. Die Umwandlung des Arbeitskreises in die *Sektion Politik und Geschlecht* zeigt, dass die DVWP zumindest den grundlegenden Stellenwert politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung für das Fach anerkennt, wenngleich die Fachvereinigung in ihrer Gesamtheit derzeit nicht für eine Etablierung eines eigenständigen Teilgebiets *Politik und Geschlecht* eintritt. So existieren im Herbst 2023 laut der Datenbank des Margherita-von-Brentano-Zentrums Berlin im gesamten deutschsprachigen Raum lediglich acht (teilweise nicht verstetigte) politikwissenschaftliche Professuren mit Gender(teil)denomination, eine im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften weiterhin geringe Anzahl.⁴ Bisherige Erfahrungen zeigen, dass die vorhandenen Professuren mit dem Ausscheiden der aktuellen Stelleninhaber*innen immer wieder Kürzungen und Umwidmungen zum Opfer fallen. Infolgedessen werden Professuren mit (Teil-)Denomination für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung nicht wieder neu ausgeschrieben und die Fortführung einer entsprechenden (Teil-)Denomination ist

3 Lesenden, die sich eingehender mit der Institutionalisierung feministischer Politikwissenschaft beschäftigen wollen, sei die Broschüre „Tabula Rasa. Institutionalisierungsprozesse der feministischen Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg“ (Calle & Krämer 2022) empfohlen, die die Geschichte der Etablierung des Arbeitsbereichs Politik der Geschlechterverhältnisse am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg nachzeichnet.

4 Quelle: <https://mvbz.org/genderprofessuren> [abgerufen am 19.10.2023]. Hier werden insgesamt 109 sozialwissenschaftliche Professuren aufgelistet. In Deutschland gibt es 45 Institute für Politikwissenschaft mit knapp 625 Professuren (Stand 2023). Gemessen daran zeigt sich, wie wenig repräsentiert die Geschlechterforschung im Fach Politikwissenschaft in institutioneller Hinsicht nach wie vor ist. Quellen: <https://studieren.de/politikwissenschaft.hochschulliste.t-0.c-174.html> [abgerufen am 23.10.2023] und https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Service/2023-12_Politikwissenschaftliche_Professuren_in_Deutschland.pdf [abgerufen am 24.01.2024].

häufig umkämpft (Bock/Nüthen 2014). Daher ist es um die Institutionalisierung und somit eine strukturelle Absicherung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung in Lehre und Forschung derzeit weiterhin schlecht bestellt, und viele der genannten Projekte basieren vor allem auf dem ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten. Das heißt auch, dass die Position derjenigen, die innerhalb der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Geschlechterforschung arbeiten, tendenziell prekär bleibt.

Demgegenüber hat der Wissenschaftsrat jüngst in einer Evaluation der Geschlechterforschung in Deutschland die Bedeutung fachspezifischer *Gender-Professuren* herausgestellt. Ihr Fehlen wird nicht nur mit Blick auf die Entwicklung der Geschlechterforschung kritisiert. Vielmehr hält der Wissenschaftsrat fest, dass Geschlechterperspektiven – insbesondere in den Sozialwissenschaften – zum State of the Art von Wissenschaft gehören und sie daher zu einem integralen Teil von fachspezifischer (also auch politikwissenschaftlicher) Forschung und Lehre gemacht werden sollten (Wissenschaftsrat 2023). Dass eine solche strukturelle Verankerung politikwissenschaftlicher Geschlechterperspektiven noch weitestgehend fehlt, zeigt sich auch im Bereich der Lehre sowie der Entwicklung der Curricula (Abels 2016), obwohl hierzu auch im deutschsprachigen Raum bereits seit längerer Zeit entsprechende Aufbereitungen vorliegen (Harders 2012; Bomert/Wilde 2019).⁵ Lediglich an der Philipps-Universität Marburg ist ein verpflichtendes Grundlagenmodul im BA-Politikwissenschaft „Politik und Geschlechterverhältnisse“ verankert. Das Angebot in dieser expliziten Form ist anderenorts nach unseren Recherchen maximal freiwillig zu wählen. Im Bereich des Masters bietet die FU Berlin seit dem Wintersemester 2019/2020 den konsekutiven, viersemestrigen Studiengang „Gender, Intersektionalität und Politik“ an.⁶

Insgesamt bleibt also fraglich, inwiefern die Integration von Geschlechterforschung innerhalb der Politikwissenschaft über eine rein „rhetorische Modernisierung“ (Wetterer 2013), also einen lediglich oberflächlichen, aber eben nicht substanziellen Einschluss in den Kern des Fachs, hinausgeht. Zugleich stellt diese prekäre Institutionalisierung – wie oben bereits angedeutet – nicht zuletzt für die Zusammenstellung eines Handbuches eine Herausforderung dar: Wissenschaftler*innen, die über wenig Absicherung verfügen und zu wenig anerkannten Themen arbeiten, bleibt oft wenig Zeit zum Verfassen von Handbucheinträgen. Ganz besonders gilt dies für diejenigen, die inhaltlich und/oder persönlich auch innerhalb des Kanons politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung zusätzlich marginalisiert sind. Hier spielt der Einfluss von Rassismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie Klassenverhältnissen eine nicht zu leugnende

5 Auch das 2003 im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin initiierte Portal www.gender-politik-online.de verfolgt das Ziel, politik- und sozialwissenschaftliche Inhalte für die Lehre zur Verfügung zu stellen. Zwischenzeitlich war das Portal geschlossen, seit 2020 hat ein Umzug der Website sowie eine Neubelebung stattgefunden. <https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/index.html> [abgerufen am 19.10.2023]

6 <https://www.fu-berlin.de/studium/studienangebot/master/gender-intersektionalitaet-politik/index.html> [abgerufen am 30.11.2023]

de Rolle: Diese Stimmen sind im Fach besonders von strukturellen Ausschlüssen betroffen und entsprechend auch in diesem Handbuch – trotz anderer Zielsetzungen unsererseits – unterrepräsentiert.⁷ Darüber hinaus sind marginalisierte Lehrende und Forschende in spezifischer Weise von den prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen betroffen, die das gesamte Wissenschaftssystem dominieren und nicht auf politikwissenschaftliche Stellen beschränkt sind. Dieser Umstand wird bereits länger diskutiert (vgl. bspw. die Beiträge in Laufenberg u.a. 2018), auch wenn er in den aktuellen Protesten unter dem Hashtag #IchBinHanna eher ignoriert wird. #IchBinReyhan zielte demgegenüber darauf, genau diese auf Mehrfachmarginalisierung beruhenden Ausschlüsse zu thematisieren, die, wie eine Untersuchung zu den Arbeitsverhältnissen im akademischen Mittelbau zeigt, auch die Vulnerabilitäten für Erfahrungen von Diskriminierung und unangemessenem Verhalten am Arbeitsplatz zum Teil deutlich verstärken (Kortendiek u.a. 2022: S. 346ff.; S. 355ff.).

Eine grundlegende, rezente Herausforderung für die feministische Politikwissenschaft, aber auch für Geschlechterforschung insgesamt, sind diverse, gegen sie gerichtete Angriffe und Diskreditierungsversuche, die zugleich in einem weiteren – globalen – Kontext von Angriffen auf Kämpfe für Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung, die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, aber auch für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung stehen (Holzleitner 2022; Roth/Sauer 2022; Kuhar/Paternotte 2017; Beck u.a. 2024). Entsprechende Angriffe gegen „die“ Geschlechterforschung werden von antifeministisch orientierten politischen Akteur*innen insbesondere aus dem extrem rechten, autoritären Spektrum, aber auch aus religiösen, konservativen, liberalen oder gar linken Perspektiven artikuliert und in die mediale Öffentlichkeit getragen. Mit der AfD existiert in Deutschland seit zehn Jahren eine in Teilen sogar vom Verfassungsschutz als extrem rechts eingestufte Partei mit faschistischen Kadern, die Angriffe gegen die Geschlechterforschung auch in den Parlamenten lanciert (Mauer 2021). Zugleich werden auch aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen heraus immer wieder Versuche unternommen, die Geschlechterforschung zu diskreditieren (Näser-Lather 2019). Den Angriffen gemeinsam ist, dass sie der Geschlechterforschung die Wissenschaftlichkeit absprechen, sie auf ein unmittelbares Instrument von Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming reduzieren und ihr eine ideologisch motivierte Politisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen vorwerfen (vgl. u.a. Frey u.a. 2014). Ablehnung erfährt insbesondere „ein nichtessentialistisches Verständnis von Geschlecht“ (Mauer 2021: 285), durch das die Geschlechterforschung „die Kontingenz von Geschlechterverhältnissen“ aufzeigt und den „Raum für Konflikte um die Kategorie Geschlecht und um die politische Gestaltung von Geschlechterverhältnissen“ öffnet (ebd.: 286).

Mit ihrer Kritik an der vermeintlichen politikwissenschaftlichen Neutralität zielt feministische Politikwissenschaft damit auch auf eine freie Wissenschaft in einer demokratischen

⁷ Spiegelbildlich zur Marginalisierung geht eine verschärfte Arbeitsbelastung der im Fach tätigen marginalisierten Wissenschaftler*innen einher, die auch in einem Zusammenhang mit rhetorischen Modernisierungen des Fachs steht und entsprechend zu diskutieren wäre.

Gesellschaft, wobei Demokratie hier selbst weder als gegeben noch als klar umrissenes Ziel erscheint. Feministische Politikwissenschaft will dazu beitragen, sowohl formale als auch subtilere (demokratische) Ausschlüsse sichtbar zu machen sowie die Demokratisierung von Geschlechterverhältnissen selbst als Kernmoment von Demokratie aufzuzeigen. Denn letztendlich zielen auch aktuelle antifeministische und neu-rechte Angriffe auf Demokratie, Gleichstellungspolitiken und Geschlechtervielfalt gerade auf eine (Re-)Naturalisierung von Geschlecht ab, was nicht zuletzt auch einer Ent-Demokratisierung entsprechender Verhältnisse gleichkommt (Henninger/Birsl 2020). Feministische (Politik-)Wissenschaft kann daher als demokratisierende Haltung verstanden werden, die auf dem immanent politischen Charakter von Wissenschaft verweist und Kontingenz und Offenheit als deren Prinzipien verteidigt (Ludwig 2023). Eine demokratische Wissenschaft ist aus dieser Perspektive erst frei, wenn sie einerseits die eigenen Ausschlüsse – wie etwa von Frauen bis ins 20. Jahrhundert – reflektiert und überwindet und andererseits den historischen wie aktuellen Beitrag der Wissensproduktion zu Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen – etwa in Bezug auf die Rechtfertigung von Rassismus und Antisemitismus – reflektiert und ihm entgegentritt. Das Ziel ist eine Wissensproduktion, die die Wirkung struktureller Ausschlüsse befragt und sich gegen – auch scheinbar wissenschaftlich begründete – Ideologien der Ungleichheit wendet. Hierfür ist nicht zuletzt der Anspruch einer engen Verbindung von Theorie und Praxis prägend (Kerner 2013), die eine Übersetzung von Theorie in Praxis ebenso ermöglicht, wie sie die Instabilität dieser Grenzziehung befragt.

5 Dieser Band als Auftakt und Einblick in ein größer angelegtes Open Access Projekt

Der vorliegende Sammelband steht nicht für sich allein, sondern ist als Auftakt in ein größer angelegtes Open Access-Projekt zu verstehen – das des (digitalen) peer reviewed *Living Handbook Politik und Geschlecht*. Dabei ist es der spezifische Charakter eines *Living Handbooks*, fortlaufend neuere Entwicklungen aufzunehmen und somit den Stand der Forschung immer wieder neu systematisch darzustellen. Inhaltlich zielt das *Living Handbook* darauf, auf der Grundlage aktueller Forschungsperspektiven, neuerer Entwicklungen in den Gender Studies/Geschlechterforschung seit Beginn der 2000er Jahre sowie den wichtigen Interventionen seitens intersektionaler, postkolonialer und queerer Forscher*innen und Aktivist*innen, in zentrale Ansätze, Perspektiven und Konzepte der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung einzuführen. Während die ersten deutschsprachigen Einführungen zur politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung durchaus bisweilen von binären, „geschlechtshalbierte[n]“ (Kreisky 1994) Perspektiven auf die Politikwissenschaft geprägt waren und häufig *weiße* Thematisierungen von Geschlecht dominierten, soll im *Living Handbook* explizit queeren, de- und postkolonialen, antirassistischen und intersektionalen Ansätzen im Sinne eines inklusiveren und pluralistischeren Verständnisses von politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und feministischer Politikwissenschaft Raum gege-

ben werden. Gleichzeitig gilt es, diesbezüglich selbst- und wissenschaftskritisch im Blick zu behalten, dass die deutschsprachige Politikwissenschaft nach wie vor von rassistischen, klassistischen und heteronormativen Exklusionsmechanismen geprägt ist. Lehrende und Forschende of Color sind etwa weiterhin sehr stark marginalisiert, auch Ausschlüsse entlang von Klassenunterschieden bleiben bestehen und das Abweichen von heteronormativen Geschlechterpositionen stellt ebenfalls eine Zugangshürde dar. Entsprechend korrespondieren Lücken in diesem Buch auch mit Lücken und Zugangshürden im Feld, die über das *Living Handbook*-Projekt hinausweisen. 30 Jahre nach Erscheinen der ersten deutschsprachigen Einführung in die feministische Politikwissenschaft (Appelt/Neyer 1994) ist es uns daher auch ein Anliegen, vor dem Hintergrund der immer noch peripheren und prekären Situation geschlechterforschender Politikwissenschaft innerhalb der Hochschullandschaft insgesamt die spezifischen Dynamiken, Diskontinuitäten und Asymmetrien innerhalb des feministischen Spektrums zu thematisieren. Dies geschieht konkret durch eine digitale Plattform (<https://budrich.publisso.de>), auf der kontinuierlich thematische Beiträge erscheinen und bereits bestehende Kapitel regelmäßig aktualisiert werden können. Die in dem gedruckten Band versammelten Beiträge sind somit ein *vorläufiges* Zwischenresultat des dynamischen und langfristig geplanten Prozesses der Entstehung des digitalen *Living Handbooks* – sie geben erste Einblicke in das heterogene Feld der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung, decken bei Weitem jedoch noch nicht vollumfänglich die vielstimmigen Kontroversen und Dynamiken politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung ab. Das künftig stetig zu erweiternde Handbuch ist ausdrücklich für die Lehre konzipiert. Es ermöglicht ebenso einen ersten Einblick in das Forschungsfeld auch für diejenigen Lehrenden und Studierenden, deren Schwerpunkte bislang nicht in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung lagen.

Wir ermutigen daher die Leser*innen dieses Bandes, uns Vorschläge für weitere Beiträge und (fehlende) Themen zu senden, um die vorhandenen Leerstellen zu füllen, neue Bereiche zu erschließen und andere Perspektiven sichtbar zu machen. Nach dieser ersten Printausgabe – deren Publikationsprozesse nicht nur unter den Zwängen einer drittmittelgestützten Projektlogik standen, sondern auch während der gesamten Planungs-, Durchführungsverordnung- und Finalisierungsphase von den erschwerenden strukturellen Auswirkungen der Pandemie geprägt waren – führen wir die Konversation digital weiter. Das *Living Handbook*-Projekt findet sich auf folgender Website: <https://budrich.publisso.de>.

6 Zu den Beiträgen und zum Aufbau dieses Bandes

Die vorliegenden Kapitel der Printausgabe vermitteln Einblicke in den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung in unterschiedlichen Themenfeldern und bezüglich zentraler Fragestellungen. Unser Anliegen ist hier auch eine Intervention in die Politikwissenschaft, die Leerstellen innerhalb des Fachs und der Fächerkultur aufzeigt und den politikwissenschaftlichen Kanon geschlechterforscherisch erweitert und transfor-

miert. Der vorliegende Band verweist auf die Einschlägigkeit ebenso wie die Komplexität und Differenziertheit politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung mit dem Ziel, in der Fachdisziplin und darüber hinaus ihre Bedeutung sichtbar zu machen. Es gilt, die Ergebnisse geschlechtertheoretischer Zugänge in der breiteren politikwissenschaftlichen Forschung stärker zu berücksichtigen. Geschlechtertheoretische Perspektiven sollten systematisch Eingang in die Fachdiskussion finden und dort so etabliert sein, dass sie selbstverständlich auch von Forschenden reflektiert werden, die andere Schwerpunkte setzen oder hauptsächlich andere Forschungsinteressen verfolgen.

Die einführenden Artikel erläutern „Geschlecht(er)verhältnisse“ und de- und rekonstruieren politikwissenschaftliche Konzepte unter Berücksichtigung intersektionaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse anhand wichtiger Forschungsdebatten wie z.B. Post-/Decolonial Studies, kritische Antisemitismus- und Rassismusforschung, Queer und Trans* Studies, Affect Studies oder der politischen Ökologie.

Die Printausgabe gliedert sich in drei Unterabschnitte: I. (De-)Gendering Politikwissenschaft, II. Konzeptionelle Perspektiven und III. Themen- und Politikfelder. Diese Unterteilung ist eine heuristische, die Unterpunkte überschneiden sich teilweise und sollen im Prozess der Weiterentwicklung des Handbuchs gegebenenfalls erweitert werden. Die Beiträge aus der Rubrik I. „(De-)Gendering Politikwissenschaft“ beschäftigen sich mit einer geschlechterreflektierten Erweiterung bzw. Veränderung der politikwissenschaftlichen (Teil-)Disziplin(en). Unter der Überschrift „Konzeptionelle Perspektiven“ werden im zweiten Abschnitt theoretische Blickwinkel und Konzepte vorgestellt, die Teil feministischer Politikwissenschaft sind bzw. diese spezifisch erweitern. Im dritten Abschnitt werden von den Beitragenden konkrete „Themen- und Politikfelder“ aus geschlechterforscherischer/feministischer Perspektive verhandelt.

Sowohl in inhaltlicher als auch in methodologischer Hinsicht lassen sich einige zentrale Konzepte und Theoreme ausweisen, die in den Beiträgen teils eigens expliziert, teils als Analysekatoren vorausgesetzt sowie teils auch mit dem Verweis auf das emanzipatorische Potential politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung für die politische Praxis angewandt werden. Für die kritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politik und Geschlecht ist es nicht nur mit Blick auf die Ideengeschichte relevant, grundlegende Annahmen wie das Theorem des Gesellschaftsvertrags oder das Konzept der Souveränität auf ihre geschlechtlichen Konnotationen hin zu untersuchen. Gesellschaftliche Normen und Rollenstereotype können beispielsweise anhand des seit der Antike bis heute wirksamen dichotomen Trennungsdispositivs von privat/öffentlich, Natur/Kultur, aktiv/passiv kritisch befragt werden, um den kontingenten und sozial konstruierten Charakter der Aufteilung zwischen politisch bedeutsamen Sphären (als „männlich“ zugeschriebene öffentliche Ämter und Positionen) und politisch unbedeutenden Sphären (als „weiblich“ zugeschriebene Reproduktions- und Care-Tätigkeiten) zu entlarven. Doch erst im Zusammenspiel mit intersektionalen, de-/postkolonialen, queeren, rassismus- und ableismkritischen Perspektiven können die sozialen Ungleichheiten und Machtasymmetrien, die mit diesen

Aufteilungen innerhalb von Gesellschaften einhergehen und spezifische vergeschlechtlichte sowie rassifizierte oder klassenbezogene Betroffenheiten hervorbringen, angemessen in den Blick genommen werden. Und genau diese Überschneidungen, Verflechtungen, aber auch Brüche und Widersprüche gesellschaftlicher und politischer Phänomene sollen in unserem multiperspektivischen und dynamischen *Living Handbook* beleuchtet werden. Erste Beiträge dazu sind in diesem Band versammelt.

Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele (2016): the gender gap in political science education in germany. In: European political science 15, S. 322–331. <https://doi.org/10.1057/eps.2015.80>.
- Abels, Gabriele/Ahrens, Petra/Blome, Agnes (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht – der unvollendete Weg zu geschlechtergerechter Repräsentation. Eine Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 27, S. 9–25. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.02>.
- Appelt, Erna (Hrsg.) (1994): Feministische Politikwissenschaft. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik.
- Bargetz, Brigitte/Lepperhoff, Julia/Ludwig, Gundula/Scheele, Alexandra/Wilde, Gabriele (2017): Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse. Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 26, S. 11–24. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.01>.
- Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula (2015): Perspektiven queerfeministischer politischer Theorie. Bausteine einer queerfeministischen politischen Theorie. Eine Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 24, S. 9–24. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v24i1.19248>.
- Bauhardt, Christine/Wahl, Angelika (Hrsg.) (1999): Gender and Politics: „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Politik und Geschlecht (1). Opladen: Leske + Budrich.
- Beck, Dorothee/Habed, Adriano José/Henninger, Annette (Hrsg.) (2024): Blurring boundaries: „anti-gender“ ideology meets feminist and LGBTIQ+ discourses. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742684>.
- Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara/Rams, Patricia (2021): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus. Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript Verlag, S. 149–192. <https://doi.org/10.14361/9783839448441-005>.
- Bock, Ulla/Nüthen, Inga (2014): Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 23, S. 154–158. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i2.17625>.
- Bomert, Christiane/Wilde, Gabriele (2019): Gender Curriculum Politikwissenschaft. Online unter <http://gender-curricula.com/curriculum/politikwissenschaft> [Zugriff: 19.10.2023].
- Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Toens, Katrin (Hrsg.) (2000): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München/Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- Çağlar, Gülay/Castro Varela, María do Mar/Schwenken, Helen (Hrsg.) (2012): Geschlecht – Macht – Klima. feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Politik und Geschlecht (23). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Çağlar, Gülay/Chan de Avila, Jennifer (2021): Das Inklusionsversprechen oder „the dark side of diversity“? Diversitätspolitik an Universitäten. In: Warstat, Matthias/Dilger, Hansjörg (Hrsg.): Umkämpfte Vielfalt. Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 318–334.
- Calle, Johana/Krämer, Tabea (2022): Tabula Rasa. Institutionalisierungsprozesse der feministischen Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Philipps-Universität Marburg: Institut

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!

für Politikwissenschaft. Online unter <https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/publikationen/online-publikationen/broschuere-tabula-rasa-01-03-23.pdf>.

Cress, Anne (2018): Feministische Repräsentationskritik. (Dis-)Kontinuitäten von den ersten deutschen Frauenbewegungen bis in die Gegenwart. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 25–39. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.03>.

Deutscher Bundestag (2023): Selbstbestimmungsgesetz stößt auf Zustimmung und Skepsis. In: <https://www.bundestag.de/>. Online unter <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-980208> [Zugriff: 30.11.2023].

Dhawan, Nikita (Hrsg.) (2014): *Decolonizing enlightenment: transnational justice, human rights and democracy in a postcolonial world*. Politik und Geschlecht (24). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. 2., aktualisierte Auflage. Schriften des Gunda-Werner-Instituts (9). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2018): Institutioneller Rassismus und Migrationskontrolle in der neoliberalen Universität am Beispiel der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.): *Prekäre Gleichstellung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 101–128. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6_5.

Haraway, Donna (1988): *Situated knowledges: the science question in feminism and the privilege of partial perspective*. In: *Feminist studies* 14, S. 575–599. <https://doi.org/10.2307/3178066>.

Harders, Cilja (2012): *Politikwissenschaft, Politologie*. In: *Geschlechtergerechte Akkreditierung und Qualitätssicherung. Eine Handreichung; Analysen, Handlungsempfehlungen & Gender Curricula*. 3., aktualis., überarb. u. veränd. Aufl Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW (14). Essen: Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW, S. 152–154.

Harders, Cilja/Kahlert, Heike/Schindler, Delia (Hrsg.) (2005): *Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS.

Harding, Sandra G. (1990): *Feminism, science, and the anti-enlightenment critique*. In: Nicholson, Linda J (Hrsg.): *Feminism/postmodernism*. New York: Routledge, S. 83–106.

Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.) (2020): *Antifeminismen. 'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Gender studies*. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839448441>.

Holzleithner, Elisabeth (2022): *Global contestations of gender equality and queer rights: perspectives from legal philosophy*. In: Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.): *Global contestations of gender rights*. Bielefeld: Bielefeld University Press / transcript Verlag, S. 63–82. <https://doi.org/10.14361/9783839460696-004>.

Kaiser, Susanne (2020): *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen*. Berlin: Suhrkamp.

Kerner, Ina (2009): *Alles intersektional? Zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus*. In: *Feministische Studien* 27, S. 36–50. <https://doi.org/10.1515/fs-2009-0105>.

Kerner, Ina (2011): *Geschlecht*. In: Göhler, Gerhard/Matthias, Iser/Dies (Hrsg.): *Politische Theorie*. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 126–141.

Kerner, Ina (2013): *Haupt- und Nebenwirkungen feministischer Analysen*. In: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung* 31, S. 102–104.

Kerner, Ina (2021): *Zur Kolonialität der liberalen Demokratie*. In: *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 12, S. 182–199. <https://doi.org/10.3224/zpth.v12i2.03>.

Klapeer, Christine M. (2014): *Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz*. Bielefeld: transcript Verlag.

Klapeer, Christine M. (2022): *Rassismus, Heteronormativität, queere Interdependenzen. Trans/nationale Kämpfe um LGBTIQ*-Rechte und staat(sbürger)liche Politiken der Anerkennung als Gegenstand intersektionaler Analysen*.

- In: Biele Mefebue, Astrid/Bührmann, Andrea D./Grenz, Sabine (Hrsg.): Handbuch Intersektionalitätsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 479–493. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26292-1_24.
- Kortendiek, Beate/Mense, Lisa/Beaufaÿs, Sandra/Bünnig, Jenny/Hendrix, Ulla/Herrmann, Jeremia/Mauer, Heike/Niegel, Jennifer (2022): Gender-Report 2022. Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen. Hochschulentwicklungen, Gleichstellungspraktiken, Ungleichheiten im Mittelbau. Studien Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW (39). Essen: Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW.
- Krause, Ellen (2003): Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht (11). Opladen: Leske + Budrich.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1997a): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse (8). Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1997b): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Politischer Vierteljahresschrift Sonderheft (28). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1995): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Politik der Geschlechterverhältnisse (4). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): Anti-gender campaigns in Europe: mobilizing against equality. Lanham/New York: Rowman & Littlefield International.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Dzewas, Imke/Lieb, Anja/Reusch, Marie (Hrsg.) (2006): Reader Feministische Politik & Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart. Reihe Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft des Zentrums für Gender Studies und Feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg (1). Königstein/Taunus: Helmer.
- Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.) (2018): Prekäre Gleichstellung. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6>.
- Leinius, Johanna/Mauer, Heike (2021): (K)einen Schlusspunkt setzen. Die Herausforderungen von Intersektionalität und Postkolonialität im deutschsprachigen Kontext. In: Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 279–298.
- Lembke, Ulrike (2023): Verfassungswidrige Sprachverbote. In: Verfassungsblog: On Matters Constitutional. <https://doi.org/10.17176/20231124-213811-0>.
- Ludwig, Gundula (2015): Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742496>.
- Ludwig, Gundula (2017): Überlegungen zur heteronormativen Grammatik des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Grenzziehung von „öffentlich“ und „privat“ im neuen Blick auf Geschlechterverhältnisse. Bulletin Texte (43). , S. 72–93.
- Ludwig, Gundula (2023): Feministische Politikwissenschaft als demokratisierende Haltung. In: Bloemen, Henrike/Bomert, Christiane/Dziuba-Kaiser, Stephanie/Gebhardt, Mareike (Hrsg.): Machtverhältnisse. Kritische Perspektiven auf Geschlecht und Gesellschaft. Politik der Geschlechterverhältnisse (63). Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S. 33–47.
- Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): Sexuelle Regulation im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hrsg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 47–72.
- Martinsen, Franziska (2022): Kanon oder nicht? Feministische Perspektiven in der Politischen Theorie. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hrsg.): Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Baden-Baden: Nomos, S. 275–296. <https://doi.org/10.5771/9783748928454-275>.
- Mauer, Heike (2021): Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos, S. 271–292. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-271>.

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!

- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.) (2021a): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (2021b): Einleitung: Intersektionalität und Postkolonialität – Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. In: Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 7–30. <https://doi.org/10.3224/84742455>.
- Nüthen, Inga (2019): Was gehört zum Kern des Fachs? Kämpfe um die Institutionalisierung feministischer Politikwissenschaft am OSI (und was wir daraus lernen können). In: Mattern, Philipp/Pongrac, Timo/Vogt, Tilman/Wutzke, Dennis (Hrsg.): Abschied vom Unzeitgemäßen? Politische Ideengeschichte im Widerstreit. Festschrift für Klaus Roth. Reihe Hochschule (11). Marburg: BdWi-Verlag, S. 47–64.
- Nüthen, Inga (2023): Geschlecht, Sexualität und Politik. Aspekte queer feministischer Politikverständnisse. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742733>.
- Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte - Verknüpfungen - Perspektiven. Wien: WUV / UTB.
- Roth, Julia/Sauer, Birgit (2022): Worldwide anti-gender mobilization: right-wing contestations of women's and gender rights. In: Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.): Global contestations of gender rights. Bielefeld: Bielefeld University Press, S. 99–114. <https://doi.org/10.1515/9783839460696-006>.
- Roth, Julia/Winkel, Heidemarie/Scheele, Alexandra (2022): Geschlecht – Gewalt – Global. Gewalt im Zentrum weltweiter Angriffe auf Frauen- und Geschlechterrechte. Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 31, S. 9–29. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i2.02>.
- Rudolph, Clarissa (2015): Geschlechterverhältnisse in der Politik. Eine genderorientierte Einführung in Grundfragen der Politikwissenschaft. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Sauer, Birgit (2012a): Und sie bewegt sich noch. Feministische Theorie in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien: Facultas, S. 105–116.
- Sauer, Birgit (2012b): Was macht feministische Politikwissenschaft zu einer kritischen Wissenschaft? Rückblicke und aktuelle Herausforderungen. Rauschholzhausen: Tagung „Feministische Kritik und Widerstand“ des DVPW-AK „Politik und Geschlecht“.
- Sauer, Birgit (2012c): Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität. In: Portal Intersektionalität. Forschungsplattform und Praxisforum für Intersektionalität und Interdependenzen. Online unter <http://portal-intersektionalitaet.de/uploads/media/Sauer> [Zugriff: 24.01.2024].
- Sauer, Birgit (2015): Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterprofessorinnen im deutschsprachigen Raum. Zwischen Besonderheit und Besonderung oder auf dem Weg zur Normalität? In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 24, S. 126–134. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v24i1.19261>.
- Sauer, Birgit (2017): Engel der Geschichte. Ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 26, S. 117–127. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i2.09>.
- Schlecht, Loui (2021): Antigenderistische Verhältnisse. Völkische Vergeschlechtlichung, Verschwörungsglaube und Antisemitismus. In: Mobilisierungen gegen Feminismus und ‚Gender‘. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien GENDER Sonderheft, S. 76–91. <https://doi.org/10.3224/84742528.05>.
- Smykalla, Sandra/Vinz, Dagmar (Hrsg.) (2011): Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Forum Frauenforschung (30). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Steinsberger, Zoe*/Ludwig, Gundula (2023): Trans* Ungleichzeitigkeiten und Trans*feminismen. Trans* Ungleichzeitigkeiten – Potenziale trans*feministischer Gesellschaftstheorie. Eine Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 32, S. 9–23. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i2.02>.

Völkner, Paula (2024): Rhein folgt Söder. Hessen verbietet der Verwaltung das Gendern. In: Frankfurter Rundschau. Online unter <https://www.fr.de/politik/rhein-soeder-hessen-bayern-gender-verbot-schule-verwaltung-gruene-kritik-92919326.html> [Zugriff: 28.03.2024].

Wetterer, Angelika (2013): Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik. Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Forum Frauen- und Geschlechterforschung (37). Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 246–66.

Wilde, Gabriele/Meyer, Birgit (2018): Angriff auf die Demokratie. Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 9–21. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.02>.

Wissenschaftsrat (2023): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland. Köln. German Science and Humanities Council. Online unter <https://doi.org/10.57674/9Z3K-1Y81> [Zugriff: 07.02.2024].

Prof. Dr. Christine M. Klapeer, Professor*in für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Gender Studies, Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Johanna Leinius, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Cornelia Goethe Centrums für Geschlechterforschung, Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Franziska Martinsen, Professorin für Politische Theorie, Universität Duisburg-Essen

Dr. Heike Mauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung Nordrhein-Westfalen, Essen

Dr. Inga Nüthen, wissenschaftliche Referent*in, Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg